



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack

KERSTIN TACK

*Ich wünsche allen
Leserinnen und Lesern
ein glückliches, gesundes
und erfolgreiches Jahr 2016.*



Liebe Leserinnen und Leser,

ein turbulentes Jahr neigt sich dem Ende entgegen. Nicht nur die Herausforderungen der Steuerung und Integration von Flüchtlingen beherrscht die Tagesdebatten, sondern zusätzlich ist der Einsatz gegen den IS nach den Anschlägen in Frankreich hinzugekommen.

Es ist gut, dass die SPD neben den Regelungen zum Umgang mit den Verfahren zum Asyl der Flüchtlinge nunmehr ein Integrationsprogramm aus 12 Punkten vorgelegt hat, um die hier bleibenden Flüchtlinge gut zu integrieren. In diesem wird neben den Investitionen in Bildung, Wohnraum und Arbeit auch die Stärkung der Chancengerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt aller Menschen in unserem Land behandelt. Nach der Bitte des französischen Präsidenten um militärischen Beistand im Bereich Aufklärung und Logistik ist diese intensiv in der Bundestagsfraktion diskutiert worden. Wir treffen diese schwierige Entscheidung mit der Einsicht, dass Terrorismus sich nicht allein mit militärischen Mitteln besiegen lässt. Aber um die Ausbreitung des IS und seines Terrors zu stoppen, sind derzeit alle Instrumente staatlichen

Handelns notwendig. Klar ist aber auch, dass sich der Einsatz einbetten muss in eine sinnvolle Gesamtstrategie gegen den IS. Der in Wien begonnene Prozess für eine politische Lösung des syrischen Bürgerkriegs hat weiter oberste Priorität. Auch sind Maßnahmen zu ergreifen, damit der IS wirtschaftlich isoliert wird und seine Finanzquellen versiegen. Darüber hinaus müssen wir einen angemessenen Beitrag leisten, um die humanitäre Lage in der von Bürgerkrieg und IS-Terror betroffenen Region zu verbessern.

Hierüber wird sicherlich in allen Teilen der Gesellschaft intensiv diskutiert. Das ist auch richtig so. Bitte teilen Sie mir Ihre Position zu diesen Themen mit.

Liebe Leserinnen und Leser, ich möchte mich aber an dieser Stelle auch ganz herzlich bedanken für die großartige Zusammenarbeit und Unterstützung, die ich in 2015 erfahren habe und wünsche allen einen ruhigen Jahresausklang und ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2016.

Herzlichst **Kerstin Tack, MdB**

Asylpaket II – weitere Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten

Von Jahresbeginn bis Ende November wurden fast 965.000 Flüchtlinge in Deutschland registriert. Zur Unterstützung bei der Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten wird die Bundesregierung die Länder und Kommunen finanziell entlasten. Bereits in diesem Jahr wird der Bund hierfür 1 Milliarden Euro sowie ab dem Jahr 2016 weitere 3 Milliarden Euro bereitstellen.

Der Bund unterstützt die Länder und Kommunen zudem beim Ausbau von ca. 150.000 winterfesten Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen. Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive können durch eine Aufstockung der Haushaltsmittel zukünftig sehr viel eher als bisher wahrgenommen werden. Zur Finanzierung der beruflichen Eingliederung von Geflüchteten und Asylsuchenden soll das Budget der Arbeitsagenturen um 300 Millionen Euro aufgestockt werden. Weitere 71 Millionen Euro sind für zusätzliche Sprachkurse eingeplant.

Fortsetzung auf Seite 2



Das zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II)

Mit dem neuen PSG II wird ab 2017 neben einer Erweiterung von Hilfsmöglichkeiten vor allem die Selbstständigkeit von Pflegebedürftigen unterstützt.

Die bisherigen drei Pflegestufen werden durch fünf Pflegegrade ersetzt, die sich am Grad der Selbstständigkeit des zu pflegenden Menschen orientieren. Körperliche, geistige und psychische Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit werden nunmehr gleichermaßen berücksichtigt. Damit werden Einschränkungen von Demenzkranken gleichrangig behandelt und die Unterstützung setzt früher an. Der künftige Pflegegrad 1 erreicht somit Menschen, die bisher keine Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten haben.

Bei der Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen wird mittels eines neuen Verfahrens (das so genannte Neue Begutachtungsassessment, NBA) anhand von sechs Merkmalen überprüft, wie es um den Grad der Selbstständigkeit einer Person bestellt ist. Grundsätzlich liegt der Schwerpunkt der Überprüfung dann nicht mehr auf der notwendigen Zeit für eine Pflegeunterstützung.

Des Weiteren werden die Regelungen zur Qualitätssicherung, -prüfung und -darstellung grundlegend überarbeitet und die Entscheidungsstrukturen der Selbstverwaltung gestrafft. Der sogenannte Pflege-TÜV wird neu ausgerichtet.

Bei der Umstellung von den alten auf die neuen Regelungen wird es Überleitungs- und Bestandsschutzregeln geben, niemand wird dadurch einen Nachteil haben.

Zur Finanzierung der Maßnahmen wird der Beitragssatz ab 2017 um weitere 0,2 Beitragssatzpunkte auf 2,55 Prozent (2,8 Prozent für Kinderlose) steigen.

Asylpaket II – weitere Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten

Fortsetzung von Seite 1

Priorität hat weiterhin die Beschleunigung der Asylverfahren. Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind hierfür 4.000 neue Stellen vorgesehen. Im Rahmen der Verhandlungen zum sogenannten Asylpaket II einigte sich die Große Koalition darauf, dass Flüchtlinge mit geringen Bleibechancen sowie aus sicheren Herkunftsstaaten bis zum Abschluss des Asylverfahrens künftig in zentralen Registrierzentren untergebracht werden. Das Recht auf Familiennachzug wird für Personen, die keinen Flüchtlingsstatus im Sinne der Genfer Konvention erhalten, eingeschränkt.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Sie hat deshalb durchgesetzt, dass es keine Transitzone und keine festgelegten Obergrenzen hinsichtlich der zu uns kommenden Flüchtlinge geben wird. Das Asylpaket II wird voraussichtlich Anfang 2016 in Kraft treten. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch für eine bessere medizinische Versorgung und Unterbringung für schwangere und behinderte Flüchtlinge ein.

Bundeshaushalt 2016 beschlossen

In der letzten Novemberwoche hat der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt für das kommende Jahr verabschiedet. Insgesamt umfasst der Haushalt 316,9 Milliarden Euro und setzt wichtige politische Ziele um.

So stellt der Bund im nächsten Jahr 500 Millionen Euro mehr für den sozialen Wohnungsbau bereit, bis 2019 soll es für diesen Zweck insgesamt 2 Milliarden Euro geben. Der regionale öffentliche Personennahverkehr wird mit 700 Millionen Euro gestärkt. Die SPD konnte zudem durchsetzen, dass mit den rund 390 Millionen Euro, die durch das Betreuungsgeld frei werden, künftig die Kinderbetreuung verbessert wird. Außerdem wird ab 2016 das im letzten Jahr beschlossene 10-Milliarden-Investitionspaket umgesetzt, das vor allem der Infrastruktur in Deutschland sowie der kommunalen Entlastung dient.

Darüber hinaus reagiert die Koalition mit dem Haushaltsbeschluss auf die gestiegenen Flüchtlingszahlen und stellt in diesem Zusammenhang ca. 7,5 Milliarden Euro bereit. Davon unterstützen 3,3 Milliarden Euro direkt die Länder und Kommunen. Die restlichen Mittel bekommen vor allem das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesinnenministerium und das Auswärtige Amt. Im Fokus stehen die Integration von Flüchtlingen in Bildung und Arbeit, die Aufstockung des Personals beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Bekämpfung der Fluchtursachen.

Wie bereits in den Jahren 2014 und 2015 gelungen, wird auch für 2016 ein ausgeglichener Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung angestrebt.

Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsmarktgeschehen

Interview mit Oberbürgermeister Stefan Schostok

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger leben in der Landeshauptstadt Hannover, inzwischen fast 550.000 Menschen, wie ist die derzeitige Lage auf dem Wohnungsmarkt und was plant die Landeshauptstadt?

In der Tat haben wir gerade die Zahl 550.000 überschritten, wenn wir Erst- und Zweitwohnsitze addieren. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Hannover ist angespannt, weil wir wachsen, was gut ist, aber eben auch Herausforderungen mit sich bringt, wie die Schaffung von Wohnraum, der bezahlbar für alle bleiben muss. Im Vergleich der Großstädte haben wir jedoch ein immer noch relativ moderates Preisniveau. Bestimmte Wohnungen wie kleine und große preiswerte Wohnungen sind jedoch kaum verfügbar. Seit 2011 sinkt die Quote der Leerstände und liegt derzeit bei unter zwei Prozent.

Die Landeshauptstadt reagiert bereits seit 2011/2012. Wir haben ein Wohnkonzept 2025 in einem intensiven Dialog mit der Wohnungswirtschaft erarbeitet. Dieses ist 2013 beschlossen worden. Wir setzen jetzt diese Kooperation fort in der Wohnungsbauoffensive 2016. Es geht darum, möglichst rasch, unbürokratisch und aktiv Baurechte für Wohnungsneubau zu schaffen. Die Fertigstellungszahlen sind in den vergangenen Jahren zwar gestiegen, aber insgesamt dauert es noch immer zu lange, bis Wohnungen bezugsfertig sind. Dies wollen wir nun mit der Wohnungsbauoffensive 2016 schnell vorantreiben.

Es wurde kürzlich zu einem „Bündnis für Wohnen“ eingeladen. Welche Erwartungen bestehen an die lokale Wohnungswirtschaft?

Daraus ist die schon angesprochene „Wohnungsbauoffensive 2016“ erwachsen. Es geht um eine Vereinbarung zwischen den beteiligten Akteuren und der Landeshauptstadt Hannover, um deutlich mehr Wohnungsneubau in Hannover zu realisieren. Erwartungen der LHH an die Wohnungswirtschaft betreffen zum einen die Quantitäten. Wir brauchen in den kommenden Jahren schlicht mehr neue bezugsfertige Wohnungen. Alles andere würde die ohnehin dynamische Preisentwicklung insbesondere bei den Angebotsmieten noch weiter anheizen.

Die LHH hat auch Erwartungen an die Wohnungswirtschaft bezüglich der Qualitäten des Wohnungsbaus: Es besteht ein Mangel an preiswertem Wohnungsangebot. Die Stadt hat daher ein kommunales Förderprogramm aufgelegt, um dieses Marktsegment zu verstärken.

Schon im bestehenden Wohnraumförderprogramm der Landeshauptstadt wird die Neuschaffung von Mietwohnungen durch Neubau oder Umbau bzw. Ausbau gefördert. Bis 2019 sollen derzeit 775 bedarfsgerechte

Wohnungen mit sozial verträglichen Mieten gefördert werden. Für viele der Wohnungen erhält die Stadt Belegrechte, d.h. die Stadt kann die Mieter bestimmen.

Das Programm ist gut angelaufen. Mit dem Haushalt 2016 ist deshalb geplant, das Förderprogramm noch einmal um jährlich ca. 60 zusätzliche Wohnungen aufzustocken, so dass bis 2020 fast 1.100 neu geschaffene Wohnungen gefördert sein könnten.

Mit der Wohnungsbauoffensive 2016, die natürlich auch die darauffolgenden Jahre weiterlaufen muss, streben wir die Schaffung von jährlich mindestens 1.000 neuen Wohnungen an. Das ist ehrgeizig, aber notwendig und aus meiner Sicht auch machbar.

Insbesondere bezahlbarer Wohnraum ist in Ballungszentren wie Hannover knapp. Gleichzeitig kommen aufgrund der aktuellen weltpolitischen Entwicklung derzeit auch vermehrt Asylsuchende nach Hannover. Wie ist es zu schaffen, die Gruppe adäquat unterzubringen, ohne dass es zu einer Konkurrenzsituation zwischen Flüchtlingen und Menschen mit niedrigem Einkommen kommt?

Der Wohnungsmarkt in Hannover ist bei kleinen und großen Wohnungen – und dort insbesondere bei preisgünstigen Wohnungen angespannt. Zudem vermindert sich durch den Auslauf von Bindungen laufend der Bestand an geeigneten Sozial- und Belegrechtswohnungen. Dies betrifft natürlich auch Flüchtlinge, die nach Erhalt eines Aufenthaltstitels einen Wohnberechtigungsschein beantragen und in die städtische Wohnungsvermittlung aufgenommen werden können.

Um die Wohnraumversorgung in Hannover für alle – unabhängig von Einkommen und (sozialer) Herkunft – zu sichern, hat der Rat der Landeshauptstadt mit dem Wohnkonzept 2025 bereits Maßnahmen beschlossen, die zwischenzeitlich erste Wirkungen zeigen:

Im Rahmen der Wohnflächeninitiative wird für teilweise mehr als 600 Wohnungen jährlich Baurecht geschaffen. Das kommunale Wohnungsunternehmen GBH wird in den nächsten Jahren jährlich 300 Wohnungen neu bauen und auch die übrige hannoversche Wohnungswirtschaft hat im Rahmen des Dialogs zur neuen Wohnungsbauoffensive 2016 ihre Absichtserklärungen wiederholt, in wesentlich höherem Maße – auch geförderten – Neubau betreiben zu wollen. Aber der Bau von neuen (geförderten) Wohnungen allein wird den Bedarf an preisgünstigen Wohnungen wahrscheinlich nicht decken können. Notwendig sind daher nach wie vor auch Maßnahmen im Bestand. Die Stadt stellt deshalb weiterhin erhebliche Finanzierungsmittel zur Verfügung, um die Laufzeiten von Aufwendungszuschüssen zu



verlängern und so preiswerte Wohnungen zu sichern. Zudem sollen wie bisher neue Belegrechte im Bestand erworben werden. Außerdem wird der verbleibende geförderte Wohnungsbestand überwacht, damit freie Wohnungen bestimmungsgemäß vermietet werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in diesem Jahr eine Erhöhung der Bundesmittel für die Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro jährlich durchgesetzt. Von besonderer Bedeutung ist dabei das Programm „Soziale Stadt“. Was wird von der Bundesebene im Bereich Wohnungsbau erwartet und welche erfolgreichen Projekte gibt es in Hannover bereits?

Richtig, das war dringend notwendig, wieder stärker in die Wohnungsbauförderung einzusteigen. Das Land Niedersachsen stellte für das Jahr 2015 rund 95,6 Millionen Euro Bund/Ländermittel (d.h. 2/3) den Kommunen in Niedersachsen in den verschiedenen Programmkomponenten zur Verfügung. Das Programm Soziale Stadt ist dabei das Leitprogramm.

Die Landeshauptstadt Hannover hat die in den laufenden Programmen beantragten Mittel vollumfänglich bekommen. Zusätzlich konnte mit dem Stadtteil Mühlenberg ein neues Fördergebiet in das Programm Soziale Stadt aufgenommen werden. Dieses steht bei der Stadt bereits seit dem Jahr 2008 mit mehreren Projekten auf der Agenda.

Die Stadt fördert in den Sanierungsgebieten die Bestandsentwicklung im Wohnungsbau, d.h. nicht rentierliche Kosten der Modernisierung werden anteilig gefördert. Dadurch können Mieten in einem sozialverträglichen Rahmen gesichert werden.

Erfolgreiche Projekte:

Das Erfolgsprojekt „Neue Mitte Hainholz“, ein Maßnahmenpaket aus unterschiedlichen sozialen Einrichtungen, einer attraktiven Park- und Platzanlage wurde 2014 mit dem Preis „Soziale Stadt“ ausgezeichnet. Derzeit in Vorbereitung sind die abschließenden Bausteine wie das Nahversorgungszentrum und der Wohnungsneubau, die die Mitte komplettieren werden.

In Vinnhorst konnte mit dem Programm Stadtumbau-West die Versorgungslage deutlich verbessert werden.

In Stöcken wird der Stöckener Markt im Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren runderneuert und das marode Freizeitheim kann durch ein zeitgemäßes Stadtteilzentrum ersetzt werden.

Kerstin Tack unterwegs



15.09.2015: Kerstin Tack in geselliger Runde mit der Juso AG NordOst



23.09.2015: Gemeinsame Pressekonferenz von Kerstin Tack mit ihrem Bundestagskollegen Uwe Schummer (CDU) zum Ausbau von Integrationsbetrieben



07.10.2015: Kerstin Tack im Gespräch mit dem Forum Dialog Niedersachsen



19.10.2015: Kerstin Tack mit der Leiterin des Flüchtlingsheimes in der Büttnerstraße und der Bezirksbürgermeisterin Irma Walking-Stehmann



16.11.2015: Kerstin Tack berichtet beim SPD-Ortsverein Vahrenwald-List über das politische Geschehen in Berlin



25.11.2015: Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen unterstützt Kerstin Tack die Kampagne „Ich breche das Schweigen“ und wirbt für das Hilfefon 0800016016



17.09.2015: Kerstin Tack und die Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks zu Besuch beim Integrationsunternehmen Beta89 in Langenhagen



24.09.2015: Kerstin Tack und Lukas Wollenzien aus Hannover, der im Berliner Büro ein Praktikum absolviert hat



19.10.2015: Kerstin Tack im neuen AfB-Standort in Hannover-Hainholz mit dem Niederlassungsleiter Jurij Deperschmidt



02.11.2015: Kerstin Tack bei der zehnten Werkstattatrékonferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin



05.12.2015: Die Genossin Jutta Hautmann-Lange freut sich über ihr behindertengerechtes Fahrrad, das ihr die Werkstatt des Annastiftes nach Vermittlung von Kerstin Tack gebaut hat



19.09.2015: Kerstin Tack beim Rollstuhltraining auf dem Bothfelder Herbstmarkt



05.10.2015: Kerstin Tack im Gespräch zum Bundesteilhabegesetz mit MdB Hiltrud Lotze und dem Leiter des SOS Kinderdorfes Bockum



19.10.2015: Kerstin Tack mit dem Team der Alloheim Senioren-Residenz und der Bewohnervertreterin



13.11.2015: Gewerkschaftsjunior Nunzio Simone Ippolito zu Besuch im Berliner Abgeordnetenbüro von Kerstin Tack



19.11.2015: Karl Finke, Bundesvorsitzender der SPD AG Selbst Aktiv, MdB Marina Kermer, MdL Katrin Budde, Kerstin Tack und der Student Constantin Grosch diskutieren in Stendal zum Bundesteilhabegesetz



05.12.2015: Kerstin Tack bei „UMUT e.V. Verein zur Unterstützung behinderter Migranten“

Marktwoche 2015: Kerstin Tack unterwegs auf den Wochenmärkten im Wahlkreis

Seit nunmehr sieben Jahren besucht die SPD-Bundestagsabgeordnete Kerstin Tack regelmäßig die Wochenmärkte in ihrem Wahlkreis. Und diese Tradition wurde auch in diesem Jahr vom 06. bis 09. Oktober fortgesetzt. Die Marktrundgänge fanden im Zooviertel, in Vahrenwald, in der List, in Kleefeld, in der Oststadt, im Sahlkamp, in Stöcken, im Roderbruch, in Bothfeld, in Hainholz und in Misburg statt.

Begleitet wurde Kerstin Tack dabei von den örtlichen Mandatsträger(inn)en. Viele Marktbesucherinnen und -besucher sowie Marktbeschickerinnen und -beschicker nutzten diese öffentliche Bürgersprechstunde, um mit Kerstin Tack ins Gespräch zu kommen und über aktuelle politische Themen zu reden. Natürlich wird auch im nächsten Jahr die Marktwoche wieder durchgeführt. Denn: Der direkte Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern liegt Kerstin Tack ganz besonders am Herzen.



Der Praxis über die Schulter geschaut: Meine Hospitation bei der Bäckerei Marquardt in Garbsen

Während meines Praxistages habe ich schnell die Erkenntnis gewonnen, dass der Beruf des Bäckers ein echter Handwerksberuf ist. Und dies liegt nicht nur an den frühen Arbeitszeiten, sondern auch an den körperlichen Anstrengungen, die das Zubereiten von Brot und allerlei anderer Backwaren mit sich bringt.

Ich konnte während meiner Hospitation nicht nur Brötchen, Gebäck und Krapfen herstellen, sondern mir auch ein gutes Bild über die Arbeitsbedingungen machen.

Ein herzliches Dankeschön an die Eheleute Marquardt und das tolle Team.



Vorlesetag und Tag der Kinderrechte: Kerstin Tack liest in der Grundschule Alemannstraße

Am 20. November fielen zwei besondere Tage zusammen: Der bundesweite Vorlesetag und der Welttag der Kinderrechte. Bei ihrem Besuch in der Grundschule Alemannstraße in Vahrenwald las Kerstin Tack den Erstklässlern zum einen aus dem Buch „Afrika, wie ist es da“ vor, einer Geschichte, in der ein Junge unbedingt gegen den Willen seiner Eltern und Verwandten zur Schule gehen möchte und Lehrer werden will. Zum anderen nutzte sie die Geschichte, um über Kinderrechte in der Welt zu reden. Dazu gehören neben dem Recht auf Bildung, Nahrung, Schutz vor Gewalt und Beteiligung auch viele weitere Rechte.



Impressum:

kontakt | Ausgabe 4/2015

V.i.S.d.P.: Kerstin Tack

Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

www.kerstin-tack.de

kerstin.tack.wk@bundestag.de

Redaktion: Juliane Binder, Maria-Theresa Eggers, Franziska Latta, Heidi Röder und Frank Straßburger

Layout und Satz: Knud Lagershausen

Gedruckte Auflage: 2.500 Exemplare

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

8. Dezember 2015

Bildnachweise:

S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com

S. 1 Kerstin Tack | Susie Knoll / Florian Jänicke

S. 2 „verbinden“ | dusklog / photocase.com

S. 3 Stefan Schostok | Landeshauptstadt

Hannover, Christian Burkert

Aus meinem Terminkalender Januar bis Februar 2016

- 03.01. Eiswette der SPD-Ortsvereine Bothfeld, Groß-Buchholz, List-Nord, Vahrenwald-List und Vahrenheide-Sahlkamp am Mittellandkanal, Hannover
- 07.01.-08.01. Klausurtagung SPD-Bundestagsfraktion, Berlin
- 09.01. Neujahrgruß auf der Lister Meile mit dem SPD-Ortsverein Vahrenwald-List, Hannover
- 10.01. Neujahrsempfang der SPD-Ortsvereine Bothfeld und Vahrenheide-Sahlkamp, Hannover
- 11.-15.01. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 17.-21.01. Delegationsreise in die Westsahara
- 25.-29.01. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 01.02. Veranstaltung im Wahlkreis von MdB Matthias Bartke, Hamburg-Altona
- 02.02. Veranstaltung im Wahlkreis von MdB Ernst-Dieter Rossman, Pinneberg
- 03.02. FES-Veranstaltung „Inklusion im Gespräch“, Hannover
- 09.02. Besuch der SPD AG 60plus der Region Hannover, Hannover
- 15.-19.02. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- 22.-26.02. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin

Weitere Informationen zu den Terminen finden Sie auf www.kerstin-tack.de

Besuchergruppen in Berlin



24.09.2015: Mitglieder des Schützenvereins Vinnhorst mit Kerstin Tack im Bundestag



05.11.2015: Marktleute und Kleingärtner aus dem Wahlkreis von Kerstin Tack zu Besuch in Berlin



03.12.2015: Kerstin Tack mit Vertreterinnen und Vertretern des Betriebsrats aus dem VW-Werk in Hannover-Stöcken zu Besuch im Deutschen Bundestag